

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 12.11.2015
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Anregung der Republikaner NRW gem. § 24 GO NRW zur Ehrenbürgerschaft Victor Orbáns Vorlage: BM/0305/2015	4
3 Beratung des Haushaltes 2016 - Entwurf / 1. Lesung	4
4 Flüchtlingsentwicklung; Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes Vorlage: DezII/0315/2015	5
5 Umsetzung des Immobilienkonzeptes Meerbusch Vorlage: SIM/0096/2015	8
6 Interkommunale Zusammenarbeit mit dem Rhein-Kreis Neuss hier: Bearbeitung der Beihilfeangelegenheiten Vorlage: ZD/0307/2015	8
7 Personelle Konzeption Feuerwache Meerbusch Vorlage: ZD/0101/2015	9
8 Anträge	9
8.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 27. Oktober 2015 betr. Personalentwicklungskonzept Vorlage: ZD/0085/2015	9
9 Anfragen	10
9.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 20. Oktober 2015 betr. Personalentwicklungskonzept Vorlage: ZD/0037/2015	10
10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	11
11 Termin der nächsten Sitzung: 3. Dezember 2015, 16 Uhr	11
12 Verschiedenes	11
12.1 Ergebnisse der Standortanalyse der IHK und Stadtmarketingkongreß	11
12.2 Bürgeranträge	12
12.3 Edeka-Markt am Deutschen Eck	12

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertreter für Frau Pricken

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied ab 18.43 Uhr, TOP 4

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied Vertreterin für Herrn Jung bis 18.43, TOP 4

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka Ratsmitglied Vertreter für Frau Dr. Schomberg

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Christian Staudinger-Napp Ratsmitglied

von der Fraktion Die Linke und Piraten - Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Herr Marc Becker Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Björn Kerkmann

Herr Claus Klein

Herr Ulrich Mombartz

Frau Heike Reiß

Herr Christian Volmerich

Herr Jürgen Wirtz

Referent der Bürgermeisterin

Bereichsleiter Service Immobilien

Vorsitzender Personalrat

Wirtschaftsförderungsreferat

Service Finanzen

Bereichsleiter Zentrale Dienste

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Karen Schomberg

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage zahlreiche Besucher, die auf Nachfrage insbesondere an der Beratung zum Tagesordnungspunkt 4, „Flüchtlingsentwicklung und Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes“ interessiert sind. Mit Zustimmung des Ausschusses wird die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt vor die Haushaltsberatung (TOP 3) gezogen.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Auf entsprechende Nachfrage melden sich aus dem Zuschauerraum die Herren Sonderfeld und Vieten mit Fragen zum Planungs- und Entscheidungsstand bei der Errichtung von Mobilheimen zur Unterbringung von Flüchtlingen bzw. zum Sachstand bei der Errichtung von Festbauten. Mit ihrem Einverständnis verweist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf die Darstellung unter TOP 4.

2 Anregung der Republikaner NRW gem. § 24 GO NRW zur Ehrenbürgerschaft Victor Orbáns Vorlage: BM/0305/2015

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss weist die Anregungen gem. § 24 GO NRW als unzulässig zurück.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Ratsherren Staudinger-Napp und Müller verlassen aus Protest gegen die Bürgeranregung den Sitzungssaal und nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Auf Nachfrage erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass sie durch die Regelungen der Gemeindeordnung rechtlich verpflichtet gewesen sei, die Bürgeranregung auf die Tagesordnung zu setzen. Eine weitergehende Beratung findet nicht statt.

3 Beratung des Haushaltes 2016 - Entwurf / 1. Lesung

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt nach dem Tagesordnungspunkt 4, „Flüchtlingsentwicklung, Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes“.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage beantwortet zunächst die schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE / Piratenpartei wie folgt:

Frage 1 Auf welche Höhe beläuft sich die Mieterhöhung für den Verwaltungsstandort Bommershöfer Weg?

Der Mietpreis beträgt seit dem Jahr 2007 unverändert 7,90 € je qm, da der vertraglich vereinbarte Schwellenwert beim Preissteigerungsindex seither noch nicht überschritten wurde. Dies sei jedoch für das kommende Jahr zu erwarten. Daher seien entsprechende Haushaltsmittel veranschlagt.

Frage 2 Ging diese Mieterhöhung einher mit einer Verlängerung der Mietdauer und falls ja, für wie viele Jahre wurde diese vereinbart und wann erfolgte eine Vertragsverlängerung?

Eine Vertragsverlängerung erfolgte beim Wechsel des Eigentümers im Jahr 2013 und wurde bis zum Jahr 2025 geschlossen.

Anschließend beantworten Bürgermeisterin Mielke-Westerlage gemeinsam mit Erstem Beigeordnetem Maatz, Herrn Klein und Herrn Fiebig weitere Fragen aus dem Ausschuss. Hierbei geht es um die pauschale Erstattung von Personalkosten durch das Land NRW im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen, die anstehende Schließung des Hallenbades, die Darstellung von internen Leistungsverrechnungen, die Kosten für die ITK sowie Kosten für Unterhaltsvorschüsse.

Die Erstattung von Personalkosten durch das Land im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen erfolge pauschal. Eine konkrete Zuordnung auf Personen sei nicht möglich. Jedoch sei vorgesehen, den Bereich mit mehr Personal auszustatten, um die Aufgabenerfüllung sicherstellen zu können.

Die Darstellung unterschiedlicher Werte bei internen Leistungsverrechnungen werde noch geprüft. Das Ergebnis werde der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Mit der ITK werde derzeit eine Neufassung des Preisbildungsmodells verhandelt. Hierbei spiele der mögliche Beitritt der Stadt Mönchengladbach eine Rolle. Sollte dieser Beitritt erfolgen, sei eine Verringerung des Meerbuscher Kostenanteils zu erwarten, der sich jedoch frühestens im Jahr 2017 bemerkbar mache.

Der geringe Erstattungsanteil für Unterhaltsvorschüsse sei auf die mangelnde Zahlungsfähigkeit der betroffenen Kindsväter zurückzuführen.

Des Weiteren führt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf entsprechende Nachfrage von Ratsherrn Staudinger-Napp aus, dass die Ergebnisse der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) des Landes im Entwurf vorliegen und in ihrer Endfassung Anfang 2016 den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden können. Insofern können sie für den Haushalt 2016 noch nicht relevant sein.

Der Vorschlag, Hunde zukünftig mit Steuermarken auszustatten, werde noch geprüft.

4 Flüchtlingsentwicklung; Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes Vorlage: DezII/0315/2015

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss fasst gem. § 60 (1) Satz 1 GO NRW im Wege der Dringlichkeit anstelle des Rates folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt:
 - a. die städt. „Barbara-Gerretz-Schule“ in Meerbusch-Osterath wird im 1. Quartal 2016 für eine Unterbringung von Asylsuchenden umgebaut und eingerichtet;
 - b. auf dem Grundstück „Eisenbrand“, Hülsenbuschweg, Gemarkung Büderich, Flur 54, zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein Flüchtlingswohnheim für rd. 200 Asylsuchenden einzurichten;
 - c. das Gewerbegrundstück „In der Loh“, Lank, Gemarkung Latum, Flur 9, Flurstück-Nr. 172, 2.690 m² groß, zurückzukaufen und für die Unterbringung von Asylsuchenden mit winterfesten Unterkünften bedarfsgerecht herzurichten;
 - d. auf dem Grundstück „Krähenacker“, Kranenburger Straße, zum nächstmöglichen Zeitpunkt winterfeste Unterkünfte für die Unterbringung von rd. 100 Asylsuchenden einzurichten.

- e. 4 Mobilheime zur Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge oder Menschen, die aufgrund von Erkrankungen temporär anderweitig untergebracht werden müssen, zunächst auf dem hinteren Parkplatz am städt. Mataré-Gymnasium zu errichten.
2. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss der Stadt Meerbusch stimmt gem. § 85 Abs. 1 i.V. m. § 83 Abs. 1 Sätze 3 und 4 GO NRW der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.300.000,00 € bei dem Produkt 010 111 140 Technisches Gebäudemanagement (Maßnahme 7.01012096 / 7851 0000 – Flüchtlingsunterkünfte -) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet zunächst, dass bis Oktober 2015 im Land NRW 220.000 Flüchtlinge angekommen seien. Jede Woche kommen zudem ca. 10.000 weitere Flüchtlinge an. Diese werden zwar rechnerisch nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Kommunen verteilt, nach der Verteilstatistik des Landes zum 31.10. sei jedoch festzustellen, dass insbesondere die kreisfreien Städte ihren Verpflichtungen zur Unterbringung nicht in ausreichendem Maße nachkommen. Insgesamt weise die Statistik in diesem Bereich einen Malus von 15.500 Plätzen aus. Dies belaste die übrigen Kommunen im kreisangehörigen Raum zusätzlich und sei nicht weiter akzeptabel. Über die Gründe hierfür könne derzeit nur spekuliert werden. Hier müsse das Land bzw. die Bezirksregierung entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Hinsichtlich des von der UWG-Fraktion vermittelten Angebots zur kurzfristigen Lieferung von Wohncontainer durch eine niederländische Firma berichtet Herr Klein von den derzeit laufenden Gesprächen. Es sei jedoch fraglich, ob diese Container mit deutschem Baurecht vereinbar seien. Dies müsse noch geprüft werden. Im Übrigen erhalte die Verwaltung derzeit eine große Anzahl von Angeboten in dieser Hinsicht, die jedoch häufig nicht akzeptabel seien.

Anschließend beantwortet Bürgermeisterin Mielke-Westerlage die Anfrage der UWG-Fraktion zur Nutzung freier Büroflächen und Grundstücke zur Unterbringung von Flüchtlingen. Die Darstellung, dass 40.000 qm Büroraum in Meerbusch Leerständen, sei unzutreffend. Die im Internet angebotenen Flächen im Mollsfeld 1 – 14 seien mehrfach gelistet, es handele sich aber nur um ein Objekt. Nach einer Ablehnung der Vermietungsbereitschaft für das komplett leerstehende Objekt Mollsfeld 12 sei ein erneutes Gespräch, jetzt allerdings mit der Geschäftsleitung, geführt worden. Diese habe zugesagt, die Angelegenheit nochmals prüfen zu wollen. Beim Office Park Meerkamp sei seitens des Maklers keine Bereitschaft zum Verkauf oder zur Vermietung gegeben worden. Bei allen Gebäuden fehle es an ausreichenden Sanitäreinrichtungen und insbesondere auch an Freiflächen.

Bei den Flächen auf dem Böhlergelände handele es sich um reine Lager- und Produktionshallen, die unabhängig von der Frage der Bereitschaft zur Überlassung, nur mit einem nicht vertretbaren Aufwand hergerichtet werden könnten. Weitere Möglichkeiten prüfe die Verwaltung derzeit noch.

Städtische Grundstücke, die für eine vorübergehende Bebauung in Frage kommen könnten, wären neben den bereits genannten Grundstücken, am Apelter Weg und durch Nutzung von Parkplätzen.

Der nicht realisierte Verkauf des Grundstückes an der Moerser Straße (ehem. Bauhof) biete die Möglichkeit einer Bebauung eines Teilbereiches mit sozialem Wohnungsbau. Nach einer ersten Entwurfskizze, die die Verwaltung erstellt habe, könnten entlang der Moerser Str. dort ca. 100 Sozialwohnungen im Geschosswohnungsbau errichtet werden. Die Verwaltung werde in der Sitzung des APL am 17.11.2015 eine entsprechende Möglichkeit aufzeigen. Weitere Grundstücke in städt. Eigentum seien die Hallenbadwiese, die Erweiterungsfläche am Strümper Busch, an der Einsteinstraße (derzeitiger Kindergarten Knirpsmühle), das an die vorgesehene Bebauung mit einem Flüchtlingsheim angrenzende Gewergrundstück an der Insterburger Straße.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert anschließend die in der Beratungsvorlage aufgeführten Maßnahmen an den jeweiligen Standorten und beantwortet eine Nachfrage von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes zum vorgesehenen Standort der Mobilheime zur Unterbringung unbegleiteter Minderjähriger am Mataré-Gymnasium. Diese Mobilheime werden nach Auflösung der Notunterkunft in der Sporthalle des Mataré-Gymnasiums problemlos an einen neuen Standort zu verlegen sein.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Neuhausen berichtet Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass 3 der 4 angesprochenen Wohnungsbaugesellschaften eine Rückmeldung zur Errichtung von Festbauten gegeben haben, diese würden derzeit geprüft. Hinsichtlich eines bereits seit einiger Zeit geplanten Bauvorhabens der GWG am Eulengrund sei inzwischen geklärt, dass dort 22 Wohneinheiten errichtet werden sollen, davon 11 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, 1. Förderweg.

Ratsherr Staudinger-Napp bittet darum, die Bürger besser über geplante Maßnahmen und über den aktuellen Stand zur Unterbringung von Flüchtlingen zu informieren und eine mögliche Unterbringung auf Hotelschiffen zu prüfen.

Hierzu weist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf die aktuellen Hinweise auf der städtischen Homepage hin. Erster Beigeordneter Maatz erläutert ergänzend, dass für Januar 2016 eine Informationsveranstaltung in Meerbusch-Osterath geplant sei. Eine mögliche Nutzung von Hotelschiffen werde nicht weiter verfolgt. Zwar wisse er, dass z.B. die Stadt Dortmund eine solche Unterbringung nutze, doch hätten auch andere Städte am Rhein eine solche Nutzungsalternative abgelehnt. Grund hierfür sei, dass viele Flüchtlinge nicht schwimmen können und daher die Gefahr durch das fließende Gewässer für diesen Personenkreis zu groß sei, da sie die Risiken nicht einschätzen könnten. Im städtischen Hallenbad seien im Sommer 2 Flüchtlingen gerettet worden, die unbedarft ins Wasser gesprungen seien, obwohl sie nicht schwimmen konnten.

Ratsherr Rettig bittet darum, die Belastungen für die Bürger in den einzelnen Ortsteilen möglichst gerecht zu verteilen. Er relativiert dabei gleichzeitig die verständlichen Sorgen der betroffenen Bürger.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage äußert Verständnis für die Sorgen der Bürger. Da die weitere Entwicklung der Flüchtlingszahlen derzeit nicht einzuschätzen sei, favorisiere sie die Errichtung größerer Wohneinheiten, da es kaum freie Grundstückskapazitäten und Personalressourcen für die Betreuung von Einrichtungen gebe.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erläutert Erster Beigeordneter Maatz, dass derzeit in den größeren Unterbringungsstandorten eine durchgehende Betreuung der Flüchtlinge gut gesichert sei. Eine Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen in Pflegefamilien sei nicht möglich, da diese Kinder aufgrund ihrer während der Flucht erlebten persönlichen Belastungen einer professionellen sozialpädagogischen Betreuung bedürften.

Ratsherr Damblon spricht den zahlreichen ehrenamtlichen Helfern Dank aus und gibt anschließend zu bedenken, dass irgendwann ein Ende der Aufnahmekapazität der Kommunen erreicht sei. Hier seien Maßnahmen des Bundes und des Landes zur Beschränkung wünschenswert. Zudem sei bei aller kurzfristigen Priorität zur Umsetzung der Unterbringungsmaßnahme auch die langfristige strukturelle Planung nicht aus den Augen zu verlieren.

Ratsfrau Glasmacher bittet um weitere Angaben zur möglichen Nutzung der Indoorsoccerhalle in Meerbusch-Lank und weist darauf hin, dass bei einer möglichen Unterbringung dort zum einen Arbeitsplätze in der Gastronomie und zum anderen ein beliebter örtlicher Treffpunkt verloren gehe.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet hierzu, dass derzeit eine solche Nutzungsmöglichkeit noch geprüft werde. Für das in der Vorlage genannte Grundstück „In der Loh“ sei eine Bauvoranfrage des Eigentümers inzwischen verfristet. Ein Bauantrag liege nicht vor. Die Stadt habe ein Wiederkaufsrecht zum Erwerb des Grundstücks.

Hinsichtlich des B-Plans „Böhlersiedlung“ sei es durch einen Personalwechsel sowohl auf städtischer Seite als auch auf Seiten des Investors zu einer zeitlichen Verzögerung gekommen. Der Entwurf des städtebaulichen Vertrages solle Anfang des Jahres 2016 im Planungsausschuss beraten werden.

Ratsherr Eimer kritisiert, dass erst der aktuelle Zwang zur Errichtung von Unterbringungsmöglichkeiten zur weiteren konkreten Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus führe. Aus seiner persönlichen Erfahrung wisse er, dass dieser vielmehr eine Bereicherung für die Gesellschaft darstelle und verweist auf die umfangreiche Bautätigkeit nach dem zweiten Weltkrieg.

5 Umsetzung des Immobilienkonzepts Meerbusch **Vorlage: SIM/0096/2015**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Informationsvorlage und die darin genannte Folge der Umbaumaßnahmen und Umzüge. Der Umzug des Service Finanzen in das Rathaus Osterath erfolge voraussichtlich im März 2016. Anschließend erfolge die Ausschreibung und Vergabe der Sanierungsarbeiten für das Gebäude Dr.-Franz-Schütz-Platz zur Herrichtung für die OGS der KGS St. Mauritius und der Brüder-Grimm-Schule. Diese Nutzung sei dann voraussichtlich ab Sommer 2017 möglich. Die in der Vorlage genannte vorgesehene Beschäftigung von 3 zusätzlichen Planern und einem Projektsteuerer sei nicht nur für die Bearbeitung der Maßnahmen zur Umsetzung des Immobilienkonzeptes erforderlich, sondern aktuell umso mehr für die kurzfristige Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Ratsherr Rettig bittet in diesem Zusammenhang um Vorlage der vergleichenden Kostenberechnung für die Beschäftigung dieser 3 zusätzlichen Mitarbeiter und der Vergabe an entsprechende Planungsbüros. Dies wird als Anlage zur Niederschrift zugesagt. Des Weiteren bittet er um Prüfung, ob der vorgesehene Umbau der Boverter Grundschule für Verwaltungszwecke u. U. zu verschieben sei, um dort zunächst Flüchtlinge unterbringen zu können.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass die Verwaltung diesen Gesichtspunkt bei der Umsetzung des Immobilienkonzeptes stets im Auge behalte und bei Bedarf entsprechend reagieren werde.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

6 Interkommunale Zusammenarbeit mit dem Rhein-Kreis Neuss **hier: Bearbeitung der Beihilfeangelegenheiten** **Vorlage: ZD/0307/2015**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beauftragt die Bürgermeisterin, mit dem Landrat des Rhein-Kreises Neuss eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung der Beihilfebearbeitung für die Bediensteten der Stadt Meerbusch durch den Rhein-Kreis Neuss ab dem 01.04.2016 abzuschließen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die hierdurch entstehenden Kosten von rd. 25.000 € (ca. 1.200 Fälle / Fallpauschale 21,-- €) im Haushalt des Jahres 2016 ff. zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage.

Für ihre Fraktionen erklären Ratsherr Damblon, Ratsfrau Niederdellmann-Siemes und Ratsherr Rettig ihre Zustimmung und begrüßen diesen Schritt zum Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit.

7 Personelle Konzeption Feuerwache Meerbusch Vorlage: ZD/0101/2015

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Informationsvorlage und die darin vorgestellte Konzeption, die dazu führen soll, vorhandenes Personal besser binden zu können und für externe Bewerber eine höhere Attraktivität bieten zu können.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nimmt die Information zustimmend zur Kenntnis.

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 27. Oktober 2015 betr. Personalentwicklungskonzept Vorlage: ZD/0085/2015

Nach intensiver Diskussion wird kein Beschluss gefasst.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erläutert zunächst den Antrag ihrer Fraktion. Ein externes Beratungsunternehmen ermögliche eine neutrale Sicht auf die Verwaltung. Infrage kommende Unternehmen sollten sich vor einer Auftragserteilung im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss vorstellen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits Feedbackgespräche eingeführt habe und aktuell eine Fortführung der Schulung von Führungskräften umgesetzt werde. Die Gemeindeprüfungsanstalt GPA des Landes komme im Entwurf ihres Prüfberichts zum Ergebnis, dass die Stadtverwaltung Meerbusch ein attraktiver Arbeitgeber sei. Dabei habe die GPA dieses Ergebnis im Vergleich zu vielen anderen Kommunen festgestellt.

Ratsherr Damblon und Ratsfrau Kox lehnen den Antrag ab. Eine zusätzliche Belastung der Verwaltung in einer Zeit, in der sie durch die Anstrengung im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung bereits besonders in Anspruch genommen sei, müsse vermieden werden.

Die Ratsherren Rettig und Peters unterstützen den Antrag.

Der Vorsitzende des Personalrates, Herr Mombartz, informiert auf Nachfrage darüber, dass die Verwaltung bei der Personalentwicklung auf einem guten Weg sei.

Ratsfrau Schoppe empfiehlt, der Verwaltung solle weiter Zeit eingeräumt werden, den bisher eingeschlagenen guten Weg weiter zu verfolgen.

Nach kontrovers geführter Diskussion besteht Einigkeit, den Antrag der SPD-Fraktion bei den Haushaltsberatungen in der nächsten Sitzung wieder aufzurufen.

9 Anfragen

9.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 20. Oktober 2015 betr. Personalentwicklungskonzept Vorlage: ZD/0037/2015

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage beantwortet die Anfrage wie folgt:

Frage 1 Wie konkret sieht die bedarfsorientierte Ausbildung bei der Stadt Meerbusch aus?

Aufgrund der absehbaren demografisch bedingten Abgänge, die derzeit bis zum Jahre 2027 prognostiziert sind, wird die Ausbildungsplanung jährlich fortgeschrieben. Die Ausbildung erfolgt im Verwaltungsbereich bedarfsorientiert und richtet sich an dieser Prognose aus. So werden im kommenden Jahr 3 Anwärter für den gehobenen Dienst und 2 Verw.-fachangestellte ausgebildet.

Im Bereich der Landschaftsgärtner/innen (5 Ausbildungsplätze) wird über Bedarf ausgebildet. Die Auszubildenden finden aber nach Abschluss ihrer Ausbildung, sofern hier eine Übernahme nicht möglich ist, unproblematisch einen Arbeitsplatz.

Die Praktikumsplätze zur Erlangung der staatlichen Anerkennung als Erzieherin (8 Stellen bisher 4) wurden deutlich erhöht, mit der Zielsetzung geeignete Praktikantinnen bzw. Praktikanten nach dem Anerkennungsjahr in den Dienst der Stadt übernehmen zu können. Daneben werden Praktikantinnen die in der schulischen Ausbildung befindlich sind, ebenfalls gerne eingesetzt.

Zudem wird im Jahre 2016 wieder ein Auszubildender für den Beruf des Fachinformatikers eingestellt, da hier Engpässe am Arbeitsmarkt absehbar sind. Zusätzlich wird auch wieder ein Brandmeister-Anwärter für die Hauptfeuerwache in eine Ausbildung zum mittleren feuerwehrtechnischen Dienst übernommen, um hier eine gesicherte Besetzung auch in den nächsten Jahren sicherzustellen.

Jura-Praktikanten bis zu 8 im Jahr (immer 6 Wochen), Schülerpraktika (bis zu 10 – 2 Wochen).

Frage 2 Werden Stellenausschreibungen zuerst verwaltungsintern ausgeschrieben, um Nachwuchskräfte zu fördern?

Stellenausschreibungen werden grundsätzlich zunächst verwaltungsintern ausgeschrieben. Bei absehbaren internen Besetzungsproblemen erfolgt zeitgleich eine externe Ausschreibung.

Frage 3 Wie weit ist die Verwaltung mit der Erarbeitung der Wissensdatenbank?

Bei der ITK-Rheinland ist von den Anwenderkommunen eine AG „Wissensmanagement“ implementiert worden. Diese prüft derzeit verfügbare Lösungen und wird im I. oder II. Quartal 2016 einen Realisierungsvorschlag unterbreiten.

Verwaltungsintern werden aber heute schon mögliche Varianten zur Sicherung des Wissens genutzt (Job-Begleitung, Sicherung in Datenbanken, usw.).

Frage 4 Wie weit ist die Verwaltung mit der Erarbeitung der Fortbildungsdatenbank?

Die Datenbank befindet sich kurz vor Fertigstellung. Die Daten der Beamten sind erfasst, die der Tarifbeschäftigten bis Buchstabe „K“. Die Datenbank wird Ende des I. Quartals 2016 verfügbar sein.

Frage 5 Wieviel Geld ist im vergangenen Jahr in die Weiterbildung der Mitarbeiter geflossen?

Im Jahre 2014 wurden 161.916,40 € für Aus- und Fortbildungen ausgegeben. Dieser Betrag beinhaltet auch die Kurse und Seminare des Gesundheitspräventions-Programmes.

Frage 6 Wie viele Stunden haben sich die Mitarbeiter/innen weitergebildet?

Insgesamt haben 551 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahre 2014 an Fortbildungsseminaren teilgenommen. Die Fortbildungen umfassten ca. 4.800 Stunden.

Frage 7 Werden die Krankheitsstände regelmäßig geprüft und ausgewertet?

Die Krankheitstage werden im Zeiterfassungssystem „ATOSS“ erfasst und jährlich ausgewertet. Daneben werden Vergleichsdaten der Krankenkassen erfasst.

Frage 8 Wie ist der Stand der Überarbeitung der Tätigkeitsbeschreibungen?

Stellenbeschreibungen liegen für alle Stellen der inneren Verwaltung vor. Die im PEK festgeschriebene Umstellung auf „Anforderungsprofile“ ist für Teile der technischen Verwaltung abgeschlossen, die weitere Umstellung erfolgt sukzessive.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Eine Nachfrage von Ratsherrn Jürgens zur Bearbeitung des erwähnten B-Planentwurfs wird vom Technischen Beigeordneten Assenmacher beantwortet.

11 Termin der nächsten Sitzung: 3. Dezember 2015, 16 Uhr

Die nächste Sitzung findet am 3. Dezember 2015 um **16 Uhr** statt.

12 Verschiedenes

12.1 Ergebnisse der Standortanalyse der IHK und Stadtmarketingkongreß

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert darüber, dass die Ergebnisse der Standortanalyse der Industrie- und Handelskammer am 19.11.2015 im Rahmen einer Veranstaltung im Gartencenter Selders vorgestellt werden.

Des Weiteren informiert sie darüber, dass eine Vertreterin der Stadt zu einem Stadtmarketingkongress in Salzburg eingeladen sei. Frau Schellhorn-Ulmen werde an dieser Veranstaltung teilnehmen.

12.2 Bürgeranträge

Ratsherr Rettig bittet um Prüfung der Praxis bei der Behandlung von Bürgeranträgen, da er eine unterschiedliche Verfahrensweise zwischen der Behandlung in der heutigen Sitzung und dem Verfahren hinsichtlich der beschlossenen Zulassung von Musterklagen empfinde. Über den entsprechenden Antrag sei im Ausschuss nicht abgestimmt worden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage sagt eine Prüfung und anschließende Rückmeldung zu.

Anmerkung:

Das Thema Musterklagen ist nicht aufgrund eines Bürgerantrages behandelt worden, sondern aufgrund eines Antrages der UWG-Fraktion.

12.3 Edeka-Markt am Deutschen Eck

Auf Nachfrage von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes zum Stand der Verhandlungen zur Nachfolge des Edeka-Marktes am Deutschen Eck berichtet Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, es sei bisher noch keine Entscheidung getroffen worden. Sie werde weiter berichten.

Meerbusch, den 18. November 2015

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in